

## **Vertrauen und Politik:**

### **Institutionenökonomische Anmerkungen**

Birger P. Priddat

Vertrauen ist gewöhnlich keine politische Kategorie. Wenn sie gebraucht wird, bezieht sie sich auf das Vertrauen von Wählern gegenüber Politikern. Man meint dann ein delegatives Vertrauen, als Moment in einer repräsentativen Demokratie.

Ein anderes Vertrauen tritt in der Zivilgesellschaftsdebatte zu Tage: das Vertrauen der Bürger in ihre eigenen Fähigkeiten, Politik zu machen. „Civil society ... is an ideal-typical category ... that both describes and envisages a complex and dynamic ensemble of legally protected non-governmental institutions that tend to be non-violent, self-organizing, self-reflexive, and permanently in tension with each other and with the state institution that frame, constrict and enable their activities“ (Keane 1998:6). J. Kocka zitiert John Keane, um dann selber zusammenzufassen:

„Zu ‚Zivilgesellschaft‘ gehört ein hohes Maß an gesellschaftlicher Selbstorganisation, z.B. in Vereinen, Assoziationen und sozialen Bewegungen, mit entsprechenden Ressourcen wie Kommunikationsfähigkeit, Bildung und Vertrauen“ (Kocka 2001: 10).

James Coleman interpretiert die Zivilgesellschaft als eine Form von Sozialkapital. Dazu zählen Normen wie Institutionen, „deren organisatorische Struktur die stabilste Form von gegenseitigen Verpflichtungen und Erwartungen darstellt“ (Stecker 2002: 3). Die Zivilgesellschaft nimmt als Sozialkapital nicht nur die Form eines öffentlichen Gutes an, sondern weist eine Vertrauenstruktur auf, die aber nicht *sui generis* stabil ist, sondern spezifische Verfahren braucht, um sie zu sichern. Hier setzt die Institutionenökonomik ein. Putnams Untersuchung des Sozialkapitals fand die ‚Bürgertugenden‘ als empirisches Korrelat: „Diese geht mit einem grundsätzlichen Vertrauen in demokratische Institutionen einher und zeigt sich im Engagement in Vereinen, Clubs und Kulturorganisationen“ (Stecker 2002: 3; Putnam 1999, 2001; aber auch: Hardin 1998; Braithwaite 1998; Brennan 1998; Bianco 1998).

Im folgenden wird ein institutionenökonomisches Konzept der Politik vorgestellt, um ein Raster zu haben für die Einstellung der neuen Topik der Zivilgesellschaft und ihres Vertrauenskonzeptes. Denn die Institutionenökonomik hebt nicht auf Vertrauen ab, sondern auf Substitute: *third party enforcement - supervision* und *monitoring* von Tauschprozessen, die *sui generis* scheitern können.

## 1. J.M. Buchanan: der Staat als ‚third-party-enforcer‘

Buchanan, als konstitutionenökonomischer Vertreter der *Public Choice* Theorie, legt sein Hauptaugenmerk darauf, wie Individuen zu Regeln kommen, die die Regeln regeln, nach denen die Gemeinschaft funktioniert (Buchanan 1984, auch für die folgenden Ausführungen; generell Pies/Leschke 1996). Regelgenerierende Regeln heißen bei Buchanan *constitutional rules*. Generell argumentiert Buchanan sozialvertragstheoretisch: Buchanan versteht die Bildung einer Gemeinschaft als Folge rationaler Wahlentscheidungen. Ausgehend von einer natürlichen Verteilung, bei der die Individuen mit unterschiedlichen Eigenschaften ausgestattet sind, entwickelt er ein Modell des Staates als TPE (*third party enforcement*). Die ursprüngliche Form des Zusammenlebens ist die Anarchie, als Form der herrschaftsfreien Koexistenz. In ihr werden die gegenseitigen Grenzen der Individuen wechselseitig respektiert. Die Anarchie ist somit ein fragiles und instabiles Gleichgewicht, da schon das Nicht-Anerkennen durch einen einzelnen zum Zusammenbruch führen kann. Um ein Zusammenleben und die damit verbundenen Tauschprozesse abzusichern, finden sich die Akteure zu einer Gemeinschaft zusammen, die ihre Regeln in einem konstitutionellen Vertrag festlegt. Der konstitutionelle Vertrag und die in ihm abgewickelten Tauschverhältnisse sind teilweise selbstdurchsetzend (*self-enforcing*), teilweise müssen sie von einer rechtsdurchsetzenden Instanz begleitet und abgesichert werden. An dieser Stelle tritt systematisch der Staat

als TPE auf. Bisher mußten die Akteure Investitionen in die Absicherung ihrer bilateralen Verträge tätigen. Diese Absicherung wird jetzt vom Staat übernommen. Die Investitionen zum Schutz der Verträge, die jeder Einzelne leisten mußte, werden geringer. Neue Kapazitäten werden frei, um die Tauschprozesse auszuweiten, z.B. um Handel zu treiben. Die individuelle Abrüstung von Schutzmaßnahmen läßt zusätzliche Kooperationsrenten entstehen, die ohne den Staat als TPE nicht möglich gewesen wären. Tausch und Tauschgewinne können nur entstehen, wenn *property rights* definiert sind, und wenn eine institutionelle Instanz entsteht, die in der Lage ist, interpersonelle Streitigkeiten beizulegen und Vertragsbedingungen durchzusetzen. Wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, besteht – im Rahmen der *constraints* – eine größtmögliche Freiheit für die gesellschaftlichen Akteure. Die *choice of rules*, die Buchanan vorschlägt, ist die Wahl der besten Handlungsspielräume.

Sind alle Tauschvorteile erschöpft und können keine weiteren pareto-effizienten Tauschverhältnisse eingegangen werden, tritt der Staat mit einer neuen Funktion hinzu: als investiver Staat, durch die Bereitstellung öffentlicher Güter. Durch diese Investition werden neue Tauschprozesse in Gang gesetzt, die wiederum zu pareto-effizienten Verbesserungen führen. TPE's entstehen demnach aus dem Kalkül der individuellen Nutzenmaximierung: Individuen schließen sich zusammen, weil sie durch den Zusammenschluß zu Pareto-Verbesserungen kommen. Durch die Einführung einer TPE gelangen

die Individuen zu "gains from trade", die sie besser stellen gegenüber einer Situation ohne TPE.

In der Theorie von Buchanan wäre es denkbar, daß die Funktion des Schutz des Staates ausgelagert werden könnte. Bedingung hierfür wäre, daß eine andere TPE denselben Zweck günstiger erfüllen könnte und dadurch weitere *gains from trade* entstünden. Buchanan begründet den Staat, ohne diese Begründungsbasis selber zu verwenden, durch Senkung der Transaktionskosten individueller Tauschprozesse. In seiner Theorie existiert ein Optimum, in dem alle Tauschvorteile ausgeschöpft sind. Voraussetzung hierfür ist, daß keine prohibitiv hohen Transaktionskosten existieren. Für Buchanan ist die optimale Lösung immer dann erreicht, wenn keine weitere pareto-effizienten Verbesserungen durch *bargaining* der Akteure zu erreichen sind. Sein ‚Sozialstaat‘ arbeitet nicht über Umverteilungen, sondern über die Ausweitung von Handlungsmöglichkeiten für die individuellen Akteure (Homann/Pies 1996).

Seine Theorie ist eine der politische Ökonomie der allokativen Effizienz: die Individuen geben sich den konstitutionellen oder Institutionen-Rahmen, durch den sie sich gegenseitig besser stellen. Buchanan's politische Ökonomie ist angemessen interpretiert, wenn man sie so versteht, daß sie auf Integration der Gesellschaft abzielt, gegen die Marginalisierung von Bevölkerungsanteilen. Durch die Bereitstellung öffentlicher Güter ermöglicht sie Individuen den Wiedereintritt in Tauschprozesse, aus dem sie herausgefallen waren. Diese neuen Tauschmöglichkeiten werden durch die ursprüngliche

Ungleichheit der Individuen ermöglicht; Gleichheit existiert nur als Gleichheit vor dem Recht: *gains from trade*.

Buchanan formuliert, was Hirschman für die Ausbildung des Kapitalismus als zivilisierende Tendenz beschrieb: Handel zivilisiert. Die *civil society* ist eine Handelsgesellschaft.

## **2. A. Dixit's transaction-cost-policy: commitments and constraints**

A. Dixit, ein Evolutionsökonom, betrachtet die Entstehung von TPE's nicht als Mittel zur Paretoverbesserung. Da für Dixit jedes *institutional setting* mit Transaktionskosten verbunden ist, kann es, im Gegensatz zu Buchanan, nicht zu einem Optimum kommen. Dixits Kalkül zielt auf "*economizing*", d. h. Senkung der Transaktionskosten in Tauschprozessen (Dixit 1996; auch für die folgenden Ausführungen).

Als komplexer Tausch- und *bargaining*-Prozesse ist die Politik hoch transaktions-kostenanfällig; weil die Transaktionskosten in der Politik generell höher sind als im Markt, ist der politische Prozeß ineffizienter als der ökonomische. Dies hat für Dixit ursächlich zwei Gründe:

1. die politischen Vertragsinhalte können nicht ausreichend präzise beschrieben werden: es sind unvollständige Verträge;
2. die politischen Vertragspartner sind nicht exakt definiert.

Anders als bei D.C. North beispielsweise, sind bei Dixit die politischen Vertragsinhalte unklar. North legt dar, daß im politischen Prozeß Stimmen gegen Versprechen getauscht werden (North 1990): Nach Dixit bleibt es aber offen, worin diese Versprechen bestehen. Wenn man nun unterstellt, daß sowohl Vertragspartner als auch – inhalte unklar sind, dann wird deutlich, daß die politischen Verträge schwerer durchzusetzen sind als ökonomische.

Zur Durchsetzung dieser Verträge benötigt Dixit TEP's. In der Begründung seiner Transaktionskosten und der damit verbundenen Ineffizienzen wählt er größtenteils das Instrumentarium Williamson (Williamson 1985, 1996b), um ökonomische Ineffizienzen zu erklären: Opportunismus der Beteiligten und alle Formen der Informationsasymmetrien. Die Bevorzugung gewisser Interessengruppen, deren Einfluß sich der Agent sichern will, läßt "*political entrepreneurs*" entstehen, die sich das *free-rider* Problem zunutze machen und darauf hoffen, daß ihnen die Nutzen ihrer Aktivität zufallen und die Kosten von der Allgemeinheit getragen werden müssen. Werden diese Gruppen unterstützt, so spricht man von "*client politics*". Weiter führt Dixit an: mangelnder Wettbewerb unter den Akteuren und das Fehlen von "*instrumental rationality*". North versteht unter "*instrumental rationality*" die Möglichkeit, gewählte Institutionen durch *feed-back* zu verbessern und die mentalen Modelle der Akteure zu korrigieren.

Im politischen Prozeß werden zudem Phänomene wie das "*pooling*" und die "*separation*" der politischen Akteure wirksam. *Pooling* meint

die Neigung schlechter politischer Akteure, sich mit besseren politischen Akteuren zusammenzutun, um von deren Qualität zu profitieren. Für den Wähler als Prinzipal wird somit die Zuweisung der Leistung des einzelnen Akteurs erschwert.

Bei der "*separation*" tritt der umgekehrte Fall ein: politische Agenten versuchen sich von der Menge der schlechten Agenten zu differenzieren. Dies führt zu Kosten auf Seiten des Agenten. Williamson faßt alle Informationsasymmetrien, die zu Ineffizienzen und mangelnder Beobachtung führen, unter dem Begriff der "*information impactedness*" zusammen.

Dixit übernimmt Williamsons Definition der TPE. Williamson definiert TPE's über besondere institutionelle Arrangements: als *monitoring* und *incentives*, d. h. Überwachung und Anreizstrukturen. Sie bilden zusammen eine *governance structure* (ein Begriff, den Williamson generell für die Lösung von Ineffizienzen gewählt hatte). Dixit verwendet diesen Terminus für seine Definition: TPE ist *eine governance structure*. Im komplexen politischen Prozeß aber, zeigt Dixit, funktionieren die Williamsonschen TPE's nicht, da

1. *monitoring* schwer durchführbar ist: wer ist Prinzipal, wer Agent?  
Was sind die exakten Vertragsinhalte?
2. Auch Anreizstrukturen funktionieren nicht, da in der Politik kein effizienter Wettbewerb herrscht und die Erträge der Agenten oftmals nicht pekuniär ausweisbar sind.

Als Lösung schlägt Dixit die Schaffung eines anderen Typus des TPE vor: *commitment* und *constraints*. *Commitment* als TPE oder Steuerungsregime kann auf verschiedene Arten hergestellt werden:

- a) *locking-in*: Aktionen des Agenten, die ihn *ex-ante* auf spätere Handlungsweisen festlegen;
- b) *delegation*: Abgabe hoheitlicher Aufgaben an eine neutrale Stelle, die nicht identische Nutzenfunktionen aufweist;
- c) *repetition*: durch die Herstellung weiterer "Spielrunden" wird der Agent von opportunistischem Verhalten abgehalten;
- d) *reputation*: der Agent könnte durch Schädigung seines Rufes bzw. seiner Reputation bestraft werden.

Es geht Dixit um eine Theorie der adaptiven Effizienz, d. h. es wird die TPE gewählt, die am besten zur Senkung der Transaktionskosten beiträgt. Der politische Prozeß darf nicht mit den Maßstäben der ökonomischen Effizienz gemessen werden, da diese nicht die höheren Transaktionskosten erfassen. Mit Hilfe einer *comperative institutional analysis* sucht Dixit nach der besten institutionellen Ordnung, nicht, wie Buchanan, nach der idealen.

Politische Prozesse sind geprägt von "*multitask-*" und "*multi-principal-agencies*", die verschiedenen Prinzipalen bzw. verschiedenen Aufgaben gerecht werden müssen. TPE sind bei Dixit Steuerungsregimes (*governance structures*) zur Senkung der – in der Politik relativ höheren - Transaktionskosten.

Teilbereiche des TPE können für Dixit durchaus an andere Organisationen ausgelagert werden, wenn dadurch Effizienzvorteile erzielt werden.

#### **4. Y. Barzel: NGO's as ,third-party-enforcers':**

„The realization of the gains from specializing requires exchange, and exchange agreement must be enforced. The exchange parties themselves may enforce the agreements. Self-enforcement, however, works well for some agreements, but third-party enforcement works better for others. Third parties, at a cost, provide the principals to an agreement with an altered set of alternatives such that they expect their net gains from interacting with each other to exceed what they can attain under self-enforcement“ (Barzel 2000, 1).

Austausch verlangt Verträge, die ihrerseits abgesichert werden müssen: durch eine rechtsdurchsetzende Instanz. Die Durchsetzung kann nun entweder innerhalb oder außerhalb der Verträge geschehen. Durchsetzung innerhalb der Verträge sind *self-enforcement* und *private ordering*; die Durchsetzung außerhalb von Verträgen erfolgt durch andere TPE's. Da *self-enforcement* nur begrenzt anwendbar und begrenzt erfolgversprechend ist, bedarf es einer *third party*, die die Rechtsdurchsetzung gewährleistet. Für Barzel fällt diese Aufgabe

nicht automatisch dem Staat zu, wenn auch einige Argumente für seine Instantiierung sprechen.

Eine *third party* kann nur dann als *enforcer* agieren, wenn sie in der Lage ist, bei anderen Akteuren Kosten zu verursachen. Dies kann ‚direkt‘, durch Gewaltanwendung (*violence*) erfolgen, oder ‚indirekt‘ durch die Beschränkung zukünftiger Transaktionen (z.B. Schädigung der Reputation oder des Rufes).

Die Durchsetzungsfähigkeit der Verträge ist das konstitutive Element der TPE. Sie muß mit der Fähigkeit zur Bestrafung bzw. mit Durchsetzungsmacht ausgestattet sein. Durchsetzungsmacht bedeutet in diesem Zusammenhang: Auferlegung von Kosten. Findet der Austausch auf Spot-Märkten statt, dann müssen sich die Akteure auf einen TPE verlassen, der Macht zur Durchsetzung anwendet, da bei einmaligen Tauschprozessen die Schädigung der Reputation kaum wirksam ist.

Barzels Konzeption wird, in eigentümlicher Koinzidenz, von Margaret Levis Analyse der Relation von *trust and governance* ergänzt: „how can the state create interpersonal trust?“ (Levi 1998: 85). „The most important attributes (of a state capable of producing such trust) would seem to be the capacity to monitor laws, bring sactions against lawbreakers, and provide information and guarantees about those seeking to be trusted“ (dito). „Monitoring, enforcing, and informing“ (dito) sind jene Aufgaben, die Barzel für die TPE einführt. Explizite bezieht sich Levi auf die ‚credible commitments‘, die Dixit zuvor,

gegen Williamson, für die geeignetere Beschreibung der *trust-relations* und ihrer Substitute empfahl.

„Credible commitments and self-enforcing institutions significantly reduce the citizen's need to make a personal investment in monitoring and enforcing government and thus enhance citizens trust of government. Credible commitments, reputational effects, and other such self-enforcement mechanism that encapsulate interest, require institutional arrangements that will produce the feared sanctions if need be“ (Levi 1998: 86 f.).

Gehen wir für einen Moment auf Barzel zurück. Auch bei Barzel geht es, wie bei Dixit, um adaptive Effizienz. Er verwendet die TPE's im Sinne *einer governance structure*, die für die Lösung des spezifischen Problems am besten geeignet scheint. Wie Dixit richtet sich auch Barzel an der Senkung der Transaktionskosten aus. Dies wird deutlich, wenn er davon spricht, daß durch ein TPE verschiedene Probleme gelöst werden und daß verschiedene Vertragsverhältnisse von demselben TPE durchgesetzt werden können. Durch Standardverträge und Skalenerträge – also eine Senkung der Transaktionskosten – kommt es zur Entstehung des Staates als TPE. Die teilweise Überlappung der Zuständigkeit und die Konzentration der Durchsetzungsgewalt lassen einen TPE entstehen, der das Gewaltmonopol besitzt: einen Staat. Gestützt wird diese Einschätzung vom sogenannten Schneeballeffekt, der darin besteht, daß, je größer und transparenter das *enforcement*-Potential ist, desto seltener es tatsächlich genutzt wird.

Margaret Levi, die Barzels Argumentation stützt, ohne ihn zu kennen, sieht keinen Automatismus des Vertrauens in die Regierung. „The literature on credible commitments explicates and illustrates the origins and maintenance of institutional arrangements that effectively punish short-term opportunistic behavior by rulers and thereby promote the public welfare and, often, the rulers‘ long-term interests (...). Punishment is a step towards gaining trust, but not yet enough. To earn the trust of the citizens, government actors place themselves in institutional arrangements that structure their incentives so as to make their best options those in which their individual benefits depend on the provision of the collective benefit“ (Levi 1998: 87).

Barzels TPE’s leisten nichts anderes. Barzel zielt dabei auf TPE’s, deren Mittel der Durchsetzung Ideologie, Moral, Sitte, etc. sind. Die Funktion der TPE’s wird vom Staat auf funktionale Äquivalente übertragen, die durch Rufschädigung oder Reputationsverluste schädigen können. Jeder TPE kann wirksam werden, der effizienter, im Sinne adaptiver Effizienz, arbeitet. Der Staat hat – und behält - zwar das Gewaltmonopol, aber **in der zweiten Funktion, in der Reputationskommunikation, können andere TPE’s wirkmächtig werden.**

Als erste sind hier die NGO’s zu nennen, die entweder dadurch entstehen, daß sich die Vertragspartner ihnen freiwillig unterwerfen oder dadurch, daß sie durch Reputationskommunikationen von sich aus aktiv werden. Sie steuern politisches *bargaining* in den Bereichen, wo des Staates Gewaltmonopol entweder nicht gereift – im

internationalen Bereich – oder wo es inopportun ist, es einzusetzen. An diesem Punkt spielen die Nicht-Regierungs-Organisationen als 'third-party-enforcements' eine hochbedeutsame Rolle im 'policy network': sie sind die Kommunikatoren von Regelverstößen. Sie sensibilisieren die Unternehmen, indem sie eine politische und Medienöffentlichkeit herstellen, in der 'abweichendes Verhalten' (genauer: vom eigenen 'commitment' bzw. Versprechen, so und nicht anders zu handeln, abweichendes Verhalten) als Nachfrageboykott oder -rückgang ökonomisch notierbar wird.

## **5. Staatferne Räume: global and civil society**

Die TPE-Konzeption Barzels (und – im folgenden – Wielands) versucht, ein Argument dafür zu liefern, daß es zwar faktisch staatsfreie Räume gibt, daß sie aber wegen des Fehlens einer klassischen politischen Form der Gewalt deshalb nicht politik- und *governance*-frei bleiben müssen. Die Barzel-Variante des TPE substituiert staatliche Erzwingungsmachtfunktionen (*public orderings*) durch *private orderings*. *Private order* ist hier der Name für alle nicht legitimierten, staatsfernen Ordnungs- und *governance*-Strukturen. Es wird ein Zusatzargument eingeführt, daß die Geltung von *order* höher zu bewerten ist als ihr Fehlen – und zwar durch NGO's bzw. ein weiteres Spektrum an Nicht-Regierungs-Organisationen: Zivilgesellschaft *in nuce*.

Diesen Ordnungen oder *governance-structures* für den globalen Raum fehlt die Legitimation, d.h. sie sind nicht auf die – nationale – Allgemeinheit abgeprüft. Im internationalen Kontext sind aber alle nationalen Allgemeinheiten partikular oder lokal. Die *private order*, die sich als spezifische TPE oder committale Ordnung zwischen globalen Akteuren außerhalb nationaler Verfügbarkeiten herausbildet oder instantiiert wird, ist im globalen Raum selber eine lokale Ordnung, die man, in Abgrenzung zu den verfassungsrechtlich legitimierten nationalen Staats-TPE, eine virtuelle TPE nennen kann.

Sie fungieren als funktionale Äquivalente des Staates im staatsfernen globalen Raum. Funktional sind sie präsumentive Stellvertreter einer Erzwingungsmacht, die die Staaten nicht (oder noch nicht) etablieren können. Zugleich aber vertreten sie den Staat nicht, da sie verfassungsrechtlich ungültig sind – weder aus einer nationalstaatlichen Verfassung legitimiert noch aus einer – nicht sichtbaren – supranationalen. TPE im globalen Raum sind Halb-Ordnungen, die funktional Erzwingungsmachtstrukturen entfalten, aber verfassungsdemokratisch illegitim bleiben.

Was für den globalen Raum gilt, gilt für den staatsfreien internen Raum ebenso. Für deutsche Gewohnheiten ist dies schwerer zu denken als für andere Gesellschaften. Am ehesten verkörpert es sich in den ‚sozialen Bewegungen‘, die in Deutschland, weil sie staatsfern agieren, immer das Prädikat ‚gegen den Staat‘ erhalten müssen, um legitim zu sein. Wir sind in allen diesen Dingen sehr staatsverhaftet: dafür oder dagegen. Uns fehlt eine republikanische oder

zivilgesellschaftliche Gelassenheit, diese Angelegenheiten als Politik der Gesellschaft, nicht des Staates anzusehen.

Deshalb ist der zivilgesellschaftliche Diskurs in Deutschland zwar an Staatsferne orientiert, aber eher individuell, denn sozial definiert: die Bürger sollen mehr Verantwortung übernehmen, aber die Organisation dieser Verantwortung bleibt offen: entweder Kunde, also marktorientiert, oder doch wieder Versorgungssujet des Staates oder seiner Parafiski. Oder es bleiben die korporatistischen Modelle übrig, oder vereinsartige. Oder, in der *e-democracy*-Debatte, *virtual communities*.

Solange die Zivilgesellschaft in Deutschland als eher moralische Zumutung verstanden wird, fehlt ihr die soziale Materatur: ihre Organisationsform. Das Vertrauen, das die Bürger zu sich selber bekommen sollen, bleibt metaphysisch (vgl. Bianco 1998). Es fehlt die Erörterung der *governance structures*.

## **6. J. Wieland: Die neue Governancegesellschaft**

Barzels Verweis auf die TPE-Struktur von NGO's wird von Wieland aufgenommen, aber erweitert und in eine neue Form der Kooperationsökonomik integriert: „Selbst die Gestaltung der neuen Weltordnung (etwa eine neue Finanzordnung) und die Stabilisierung ganzer Regionen wird nur noch vom vernetzten Zusammenspiel von

Politik, Unternehmen und anderen Kräften der Gesellschaft erwartet“ (Wieland, 1999: 15). Im Prozeß der Erzwingung von Verträgen, wie die Globalisierung politisch betrachtet wird, ist der Staat *nur eine Möglichkeit* im Kontext einer „diversity of Third Party Enforcers“ (vgl. Wieland 1999: 15, Fn. 6). Nicht mehr der Staat, sondern intermediäre Organisationen können den doppelten Komplexitätszuwachs, den wirtschaftliche Transaktionen durch Individualisierung und Globalisierung erfahren, am effizientesten abarbeiten. Es sind solche intermediären Organisationen gefragt, „die entweder nicht mehr an die nationale Raumdimension sozialer Handlungen gebunden sind oder aber diese transaktionskosteneffizient überwinden können“ (Wieland 1999: 37).

Als typisches TPE hatte Barzel die Erzwingungsfunktion des Nationalstaates herausgestellt: als Erzwingung von Verträgen über nichtpersonale und finale Machtmittel. Die TPE-Funktion des Nationalstaates ist auf anonymen Markttausch zugeschnitten. Eben dies, betont Wieland, beschränkt die TPE des Nationalstaates. Anstelle nationaler Machtmittel treten internationale Kooperationen, die eigene *commitments* und Verhaltensregeln ausbilden. Da deren Einhaltung nicht durch – klassische - Macht erzwungen werden kann, müssen andere Anreiz- und Sanktionsmechanismen wirksam werden. Da solche internationalen TPE-Regimes Kooperationsmechanismen sind, kann die Steuerung eher über Zugang bzw. Ausschluß von der Kooperation erfolgen.

„Folgerichtig gewinnt in der Kooperationsökonomik die Identität und damit die Reputation der Kooperationspartner und damit auch die Drohung mit Reputationsverlusten als Erzwingungsinstrument an Bedeutung. Reputation wirkt auf die Fähigkeit zur Kooperation und damit auf die Menge der jeweils erreichbaren Kooperationschancen. Sie wirkt weiterhin auf den Markennamen von Produkten und damit auf deren Stellung im Wettbewerb. Es ist demnach genau die rekursive Vernetzung von Kooperation und Wettbewerb als Kennzeichen globaler Ökonomie, die dazu führt, daß die glaubwürdige Drohung mit Reputationsmacht immer dann an Bedeutung gewinnt, wenn diese durch zu hohe Transaktionskosten an Effizienz verliert. Dies definiert gleichzeitig die ‚Diversity of Third Party Enforcers‘ als diejenigen, die einem Unternehmen glaubwürdig und effizient mit einer Entwertung seines Reputationskapitals drohen können. Diese Fähigkeit kann entweder auf langfristigen vertraglichen Bindungen und damit auch auf Abhängigkeiten basieren und/oder auf der Möglichkeit zu umfassenden und schnellen öffentlichen Verbreitung reputationsschädigender Handlungen eines Akteurs im Markt. Öffentliche Medien und Nicht-Regierungs-Organisationen sind daher heute ebenso mit Erzwingungsmacht gegenüber Unternehmen ausgestattet wie langfristige Vertragspartner und der Staat,, (Wieland 1999: 40; vgl. auch Keck/Sikking 1998 über „advocacy networks in international politics“).

Wieland führt eine systematische Unterscheidung zwischen ‚government‘ und ‚state‘ ein. ‚Government‘ ist in diesem Kontext ein

Regime der Steuerung globaler ökonomischer und politischer Transaktionen. Für den klassischen Territorial- oder Nationalstaat unterscheiden wir drei Funktionen:

1. die Schutzfunktion,
2. die Erzwingungsfunktion (die Barzel in seiner TPE-Analyse herausgearbeitet hat), und
3. die Gestaltungs- und Investitionsfunktion des Staates.

Im Rahmen seiner Schutzfunktion sorgt der Staat für die innere und äußere Sicherheit der Bürger. Die Erzwingungsfunktion bezieht sich auf die Einhaltung von Verträgen (konstitutioneller wie privater Art) zwischen den Bürgern. In seiner investiven Funktion sorgt der Staat für die Bereitstellung kollektiver oder sozialer Güter, wozu auch die Gestaltung allgemeiner Spielregeln zählt. Alle diese Funktionen werden heute zum Teil bereits privat erstellt. Diese Funktionen sind keine ausschließlichen Eigenschaften des Staates; er kann sie delegieren, zum Teil effizienter privat erstellen lassen (Lal 1997).

Die Phänomene der Globalisierung, die die Grenzen staatlicher, d.h. genauer: nationalstaatlicher *governance* definieren, lassen – jenseits der alten Dichotomie von ‚Markt und Staat‘ – neue *governance-structures* entstehen, die als transnationale Netzwerke, NGO's etc. neue TPE-Strukturen entwickeln, in die transnationale Unternehmen ebenso eingewoben sind wie lokale Bürgerbewegungen, die sich international vernetzen (‚*glocalisation*‘). Politik im globalen Raum wäre dann nicht mehr als Fiktion eines Superstaates zu betreiben, aber auch nicht als normatives Ideal des weltweiten Diskurses und

*bargainings*, sondern der Raum kontingent erreichbarer, aber in Extension befindlicher Kooperationschancen (Wieland 1997), die durch diverse, jeweils adaptierte *governance-regimes* betreiben werden. Es geht nicht darum, keine Regeln zu haben – und einen Befürchtungsdiskurs des regellosen Wettbewerbs zu entfalten –, sondern darum, Kooperationschancen zu nutzen, d.h. Regelrakta durchzusetzen, die jeweils so effizient sind, wie sie effiziente TPE's entwickeln. So erleben wir in transnationalen Raum auch *governance-* und Regelwettbewerbe, d.h. nicht-unifikatorische Prozesse. Wir werden aufhören müssen, die internationale Politik nach dem Muster der nationalen Homogenität der Macht zu beurteilen: es entstehen im internationalen Raum heterogene *governance-Regimes*, uneinheitlich verteilte *commitiale* Strukturen und differenzierte *credible commitments*. Die Reputationen, auf die sich die TPE's der Globalisierung stützen, sind kulturell different, multiple und divers; sie lassen sich nicht so leicht wie im nationalen Raum behandeln.

Zwei Formen dieser im staatsfreien globalen Raum agierende TPE's sind zu unterscheiden:

1. Die clubartigen virtuellen TPE's, die sich selber Regeln geben und sich selber binden (*auto-governantal* TPE's) und
2. diejenigen TPE's, die von vornherein als *governance-Agenturen* aufgebaut werden (*allo-governantal* TPE's), die Vertragsverhältnisse anderer steuern wollen.

Die *auto-governantal* TPE's geben sich im regellosen globalen Raum selber Regeln, an die sie sich binden, *qua commitment* und

Reputationsschädigungsdrohung. Typisch sind Standardisierungen, Normenallianzen, die über eigene Regeln (oder *soft law*) proto-Rechtsstrukturen entwerfen, die nur dadurch gelten, indem sich die Beteiligten daran halten. Sie steuern ihr eigenes Verhalten, damit das anderer nur indirekt (durch Muster, Vorbilder, Modelle etc.).

Die *allo-governantal* TPE's steuern die Vertragsverhältnisse von internationalen Unternehmen, die Politik einzelner oder vieler Nationalstaaten etc. Sie wollen, in Stellvertretung unberücksichtigter allgemeiner Interessen, die sie nur ideell, nicht demokratisch legitimiert vertreten, Unternehmen wie Staaten in *commitments* bringen, die diese selber nicht (oder zu langsam) eingehen und entwickeln.

## **7. Interne staatsferne Räume: die Governancegesellschaft als Zivilgesellschaft**

Was Wieland für den globalen Raum beschreibt, gilt für den nationalen oder internen Raum genauso, zum einen

1. wegen der Globalisierung, die staatsfreie Räume schafft, die von TPE's übernommen werden. TPE's, die staatsfreie globale Räume übernehmen, sind allo-governantale Agenturen, die zugleich interne oder national staatsfreie Räume übernehmen. Sie sind zum einen

traniert, zum anderen befinden sie sich immer in nationalen Räumen.

2. Zum anderen haben wir in den globalen TPE's ein Modell für die nationalen TPE's, d.h. eine zivilgesellschaftliches Modell.

Dazu führen wir die Zivilgesellschaft nicht-rousseauisch ein: nicht als gemeinsamen Willen, sondern als eine Organisationsform mit einer *governance-structure*, die, um stabil zu agieren, nicht auf reiner Kooperationsfreiwilligkeit beruhen kann, sondern institutionale Komponenten und Anreizkompatibilität aufweist.

„Die hier entwickelten Überlegungen und Argumente sprechen eher für eine Governance-Gesellschaft. Deren ordnungspolitischer Referenzpunkt ist nicht mehr der Staat, sondern die Gesellschaft freier Bürger und ihrer Organisationen, die zur Lösung ihrer Gestaltungs- und Erzwingungsprobleme multiple Governancestrukturen nutzen können und nutzen werden. Staatliche Organe, Unternehmen, Kirchen, Umweltschutzgruppen, Audit-Organisationen und so weiter – sie sind alle immer auch Steuerungsstrukturen gesellschaftlicher Aufgaben. Ob dem Staat eine herausragende Rolle über die Definitionsmacht von Kontexten und ultimativen Machtmitteln zu deren Durchsetzung zukommen wird, ist möglich und wahrscheinlich und sinnvoll, aber in der Governancegesellschaft nicht mehr notwendig zwingend. Die Kriterien bei der Entscheidung dieser Wahl zwischen Governancestrukturen ... . ... sind die Förderung und Stabilisierung von Kooperationsbereitschaft, Kooperationsfähigkeit

und Kooperationschancen der Bürger einer Gesellschaft und zwischen den Bürgern verschiedener Gesellschaften“ (Wieland 1999: 42).

Damit sind wir beim Kern der Aussage des Titels angelangt. Die Relation von Vertrauen, Institutionenökonomik und Zivilgesellschaft ist in Wielands Formulierung der Governancegesellschaft treffend expliziert: *Kooperationschancen erhöhen*. Politik wird nicht mehr als Domäne des Staates eingeführt, sondern als eine Interferenz von Staat und anderen sozialen Organisationen. Zivilgesellschaft ist kein Name für die Übernahme der Regierung durch die Bürger (deren repräsentatorische Form die Demokratie ist und bleibt), sondern ein Name für einen Prozeß der Interrelation von Staat und NGO's, Bürgergesellschaften und –organisationen diverser Arten, *virtual communities* etc. Die Governancegesellschaft ist dann ein präziserer Name für die Intention der Zivilgesellschaft, nämlich um Verfahren präzisiert, die Zivilgesellschaft jenseits rousseauischer Romantik *in effige* einzuführen.

Es ist wahrscheinlich unzweckmäßig, Zivilgesellschaft als eine Prozeß endogener Moralität, Tugend oder bürgerlicher Kompetenz einzuführen, weil man dann nicht angeben kann, unter welchen Bedingungen dieser Prozeß stabil bleibt. Es wäre auch unzweckmäßig, Zivilgesellschaft als eine Art Ersatzgesellschaft einzuführen für das Nichtfunktionieren der vorherrschenden Gesellschaftsformation, oder als Lösung des Problems der Unregierbarkeit oder Politikverdrossenheit etc. Zivilgesellschaft ist dann zweckmäßig beschrieben, wenn sie als *third-party-enforcement* den Staat und die

bisherige *political society* in den entscheidenden Reputationsarenen zu opponieren und zu steuern beginnen kann. Selbst ppp (*private-public-partnership*) ist, als Investitionswelle der Bürger selber, anzuregen durch geeignete TPE's.

Formal geht es um die Zivilgesellschaft als politisch effektive Organisation, die die vorhandenen Organisationen und Institutionen auf neue Art und Weise treibt, anregt, bedrängt etc. – d.h. es geht um eine *governance-structure*. Die Drohung, entscheidende Prozesse der Politik selbständig in die eigene Hand zu nehmen, kann ebenso dazu gehören, wie Interventionen, dem Staat neue Aufgaben zuzuweisen, über deren Erfüllung zu wachen die Zivilgesellschaft besondere Monitore aufstellt: *Politikcontrolling*.

Die Relation Institutionenökonomie/Zivilgesellschaft ist sparsam bis vorsichtig im Umgang mit der Ressource Vertrauen. Man geht eher davon aus, daß für politische Prozesse kein oder kaum Vertrauen vorhanden ist, deshalb auch nicht für selbständige zivilgesellschaftliche Politikinitiativen. Das Misstrauen in die Ineffektivität selbstorganisierter Politik ist oft höher als die, wenn auch unwillige, Delegation an *political professionals*. Die Erfahrungen etlicher Sozialer Bewegungen in Deutschland haben deren Dissoziationsgehalt bewiesen. Bürger vertrauen sich selten, es besser zu machen, obwohl die Behauptungen darüber Legion sein mögen.

Zivil- oder Bürgergesellschaft ist ein Entwicklungsprojekt: hin auf eine 2<sup>nd</sup> order democracy, die im kommunalen Kontext beginnen kann

über erhöhte Mitentscheidungen kommunaler Haushalte (vgl. Priddat 2001, 2002; aber auch: Jansen/Priddat 2001). Die Kommunen werden deshalb favorisiert, weil sie das Wissen der Bürger integrieren können: ihr *lifeworld*- und *lifestyle*-Wissen. Die Idee, diese Prozesse als eGovernment-Prozesse zu gestalten, liegt in einer modernen Wissensgesellschaft nahe (Priddat 2002; Jansen/Priddat 2001). Viel näher aber liegt der Gedanke, das Wissen der Bürger zu internalisieren, um Governance/Rezeptionsdiskrepanzen zu mindern. Politikprozesse werden *prosuming*-Prozesse: d.h. parallele Konsumtion und Produktion von Politik. Nicht die Verselbständigung einer Bürgergesellschaft gegenüber formeller Politik und gegenüber dem Markt, sondern eine erhöhte Integration: TPE bahnt sich an.

Margaret Levi sieht die Vertrauensbeziehung der Bürger zum Staat als einen „contingent consent“: „Citizens are likely to trust government only to the extent that they believe that it will act in their interests, that its procedures are fair, and that their trust of the state and others is reciprocated. These are the conditions of contingent consent, behavioral compliance with government demands even when an individual's costs somewhat exceed her individual benefits and even in the absence of strong ideological convictions that make costs totally irrelevant. Contingent consent is a citizens's decision to comply or volunteer in response to demand from a government only if she perceives government as trustworthy and she is satisfied that other citizens are also engaging in ethical reciprocity“ (Levi 1998: 88).

Was Margaret Levi hier für die Vertrauens-Möglichkeitenbeziehung zur Regierung sagt, gilt für die Zivilgesellschaft – als politischem Modus der *governance* der Bürger durch sich selbst – ebenso: eine soziale Bewegung erweist sich zuerst als hoch vertrauenswürdig, weil man es selbst und unter sich ist, baut dann aber oft schnell ab, weil man merkt, daß die Unprofessionalität der Politik, die die Bürger selber veranstalten, sie schlimmer agieren läßt, als die Politiker, von denen man sich gerade abwandte. Der *distrust* explodiert und erlahmt die *social movements*. Deshalb ist

- a) die Zivilgesellschaft nicht *sui generis* stabil und dem *gleichen contingent consent* unterlegt, wenn sie
- b) nicht Verfahren angibt, innerhalb derer die Gesellschaft lernt, sich selbst zu trauen, d.h. TPE's bildet, die die Zivilgesellschaftsprozesse steuern und supervisionieren.

Die Zivilgesellschaft ist kein Verein moralischer Bürger, sondern ein hochdiversifizierter Raum potentieller Netzwerkbildungen. Nachdem wir historisch die Chancen individueller Transaktionsgelingen erhöht haben, erhöhen wir, indem wir die Zivilgesellschaft konstituieren, die Chancen von Netzwerkbildungen. Denn es geht ja nicht nur, wie die Institutionenökonomien annehmen, darum, die Transaktionschancen zu erhöhen, sondern, Wieland aufgreifend, die Kooperationschancen.

Kooperationschancenerhöhungen mögen transaktorische Optionserhöhungen mit sich bringen, aber das Faktum vermehrter Kooperationen ist selber ein Wert, den manche Theoretiker im

Zivilgesellschaftsdiskurs in älterer Semantik als Werte, Tugenden etc. abbilden.

Wenn der Zivilgesellschaftsdiskurs als Wiedereinführung der Gemeinschaft gegen die Gesellschaft erträumt wird, überschätzt er die normative Intensität. Gemeinschaft ist keine stabile Ressource für Politik, sondern eher als Netzwerkstruktur zu betrachten, die sich thematisch immer wieder neu strukturiert und innerhalb dieser Thematisierung Vertrauen aufbaut: als *contingent consent*.

Solange alle anderen denselben *consent* haben, sind diejenigen, die diesen *contingent consent* repräsentieren, vertrauenswürdig. Aber nur solange. Die politische Frage lautet nicht, ob man jemandem vertrauen kann, sondern: Wie lange? (vgl. zur vertrauen/Mißtrauen-Ambivalenz in der Politik Offe 2001).

Daß wir ‚der Politik‘ immer wieder neu vertrauen, wo wir ihr immer wieder, wenn auch asymmetrisiert, mißtrauen, ist kein sich selber stabilisierender Prozeß, wie R. Rorty für die aktuelle USA anmerkt: daß das Ende der offenen Gesellschaft bevorstehen kann, wenn eine politische Junta die Gründe für ihre neofeudalistische Herrschaftsanbahnung nicht mehr offen legt: die demokratischen Institutionen sind fragil geworden (Rorty 2004: 49, Sp. 4).

Wegen solcher Gefährdungen geht es nicht mehr um institutionelles Vertrauen, sondern um das Vertrauen in die Fähigkeit der kritischen Reorganisation der Demokratie. Sie ist keine festgefügte Institution, sondern ständig wieder neu zu erarbeiten: nur was die Bürger selber arrangiert haben, hat ihr Vertrauen. So dynamisch formuliert, ist

Demokratie ein aktiver Zivilprozeß, der dann instabil werden kann, wenn das delegative Moment überwiegt, so daß es oligarchisch ausnutzbar ist.

Das Mißtrauen, das die Bürger ‚der Politik‘ ihrer Demokratie gegenüber haben, ist die Kehrseite ihrer Inaktivität. Vertrauen ist umgekehrt dazu die Fähigkeit, Mitbürger politisch anregen zu können, bestimmte Themen selber in die Hand zu nehmen: Kooperation.

Das Sozialkapital, daß nicht nur R. Putnam ins Spiel gebracht hat (Putnam 1999 + 2001), ist keine Mentalität, keine abgelagerte Konvention oder Habitus, kein Regelschematismus, sondern eine Aufmerksamkeit auf Politik, gegebenenfalls untereinander in Kooperation zu treten, bevor man den Staat auffordert, was er doch nicht leistet.

Vertrauen ist dann keine mentale Attitude mehr, keine Erwartung, sondern eine Erfahrung von Zusammenarbeit, in der Zivilität generiert wird: als Tugend selbstbewußter Bürgerlichkeit. Was wir als Modell des 19. Jahrhunderts meinten ablegen zu dürfen, stellt sich jetzt heraus, daß wir es noch gar nicht erreicht haben.

## **Literatur**

- Barzel, Yoram (2000): The State and the Diversity of Third Party Enforcers. S. 211 ff. in: Menard, C. (ed.): Institutions, Contracts and Organizations, Cheltenham: Edward Elgar
- Beck, Ulrich (1999a) (Hrsg.): Politik der Globalisierung, Frankfurt/NewYork: Campus
- Beck, Ulrich (1999b): Wie wird Demokratie im Zeitalter der Globalisierung möglich?, in: Beck 1999a, 7 - 66

- Berlin Communiqué (2000): Progressive Governance for the 21st Century, Kommuniqué der Berliner Konferenz der 14 Staatsmänner, 2.6.2000
- Bianco, William T. (1998): Uncertainty, Appraisal, and Common Interest: The Roots of Constituent Trust, S. 245 ff. in: Braithwaite/Levi 1998
- Braithwaite, Valerie / Levi, Margaret (1998) (eds.): Trust and Governance, New York: Russell Sage Foundation
- Braithwaite, Valerie (1998): Communal and Exchange Trust Norms: Their Value Base and Relevance to Institutional Trust, S. 46 ff. in: Braithwaite/Levi 1998
- Brennan, Geoffrey (1998): Democratic Trust: A Rational Choice Theory View, S. 197 ff. in: Braithwaite/Levi 1998
- Buchanan, James M. (1984): Die Grenzen der Freiheit, Tübingen: Mohr (Siebeck)
- Coleman, J.S. (1991): Grundlagen der Sozialtheorie. Band 1: Handlungen und Handlungssysteme. München/ Wien
- Dixit, Avinash K. (1996): The Making of Economic Policy: A Transaction-Cost Politics Perspective, Cambridge/Mass./London: The MIT Press
- Eisenstadt, Sh. (2001): Vertrauen, kollektive Identität und Demokratie, 333 – 363 in: Hartmann/Offe 2001
- Florence (1999): Progressive Governance for the XXI Century, Florence: no editor
- Gambetta, Diego (1988): Trust, New York / Oxford: Basil Blackwell
- Habermas, Jürgen (1999): Jenseits des Nationalstaats? Bemerkungen zu Folgeproblemen der wirtschaftlichen Globalisierung, in: Beck 1999a, 67 – 84
- Hartmann, Martin / Offe, Claus (2001) (Hrsg.): Vertrauen. Die Grundlagen des sozialen Zusammenhalts, Frankfurt/New York: Campus
- Homann, Karl / Pies, Ingo (1996): Sozialpolitik für den Markt: Theoretische Perspektiven konstitutioneller Ökonomik, S. 203 - 238 in: Pies / Leschke 1996
- Jansen, St.A. / Priddat, B.P. (2001): Electronic Government. Neue Potentiale für einen modernen Staat, Stuttgart: Klett-Cotta
- Keane, John (1998): Civil Society, Cambridge: Cambridge University Press
- Keck, Margaret E. / Sicking, Kathryn (1998): Activist beyond Borders: Advocacy Networks in international Politics, Ithaca and London: Cornell University Press
- Kocka, Jürgen et al. (2001): Neues über Zivilgesellschaft, Arbeitsgruppe Zivilgesellschaft, WZB, P01-801
- Kocka, Jürgen (2001): Zivilgesellschaft. Zum Konzept und seiner sozialgeschichtlichen Verwendung, S. 4 ff. in: Kocka et al. (2001)
- Kreps, D.M. (1984): Corporate culture and economic theory, mimeo, Graduate School of Business, Stanford University, 1984.
- Lal, Deepak (1997): Private Provision of Public Goods and Services, in: Giersch, Herbert (ed.): Privatization at the End of the Century, Berlin-Heidelberg, S. 329 – 362
- Levi, Margaret (1998): A State of Trust, S. 77 ff. in: Braithwaite/Levi 1998
- Nolte, Paul (2001): Zivilgesellschaft und soziale Ungleichheit, S. 22 ff. in: Kocka et al. 2001
- Noorderhaven, N.G. (1996): Opportunism and Trust in Transaction Cost Economics. In: J. Groenewegen, ed., Transaction cost economics and beyond, Boston, S. 105-128.
- North, D.C. (1992): Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung, Tübingen: Mohr Siebeck

- North, D.C. (1990): A Transaction Cost Theory of Politics, pp. 355 in: Journal of Theoretical Politics 2, no. 3
- Nullmeier, Frank (2000): Politische Theorie des Sozialstaats, Frankfurt / New York: Campus
- Offe, C. (2001): Wie können wir unseren Mitbürgern vertrauen? 241 – 294 in: Hartmann/Offe 2001
- Pettit, Philip (1998): Republican Theory and Political Trust, S. 295 ff. in: Braithwaite/Levi 1998
- Pies, Ingo / Leschke, Martin (1996) (Hrsg.): James Buchanans konstitutionelle Ökonomik, Mohr Siebeck: Tübingen
- Priddat, Birger P. (2000): moral hybrids – Skizze zu einer Theorie des moralischen Konsums S. 128 - 151, in: zfwu - Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik, H. 2, Jg. 1, 2000
- Priddat, Birger P. (2001): Zivilgesellschaft als E-Government, S. 1248 ff. in: Universitas, Nr. 666, Jg. 56
- Priddat, Birger P. (2002): E-Government als Virtualisierungsstrategie des Staates. Demokratisierung des Staates und professioneller Staat, S. 14 ff. in: Technikfolgenabschätzung, Nr. 3-4, Jg. 11
- Putnam, Robert D. (1999): Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community, NY.
- Putnam, Robert D. (2001): (ed.): Gesellschaft und Gemeinsinn. Sozialkapital im internationalen vergleich, Gütersloh: Bertelsmann
- Rifkin, Jeremy: Access. Das Verschwinden des Eigentums, Frankfurt/NewYork: Campus
- Rippberger, Tanja (1998): Ökonomik des Vertrauens, Tübingen: Mohr-Siebeck
- Rorty, R. (2004): Feind im Visier. Im Kampf gegen den Terror gefährden westliche Demokratien die Grundlagen ihrer Freiheit, 49 f. in: die ZEIT, Nr. 13, 18.3.2004
- Sassen, Saskia (2000): Eine Frage des Willens. Auch weltweite Märkte und Konzerne sind kontrollierbar, S. 37 in: Die Zeit, Nr. 41
- Scholz, John T. (1998): Trust, Taxes, and Compliance, S. 135 ff. in: Braithwaite/Levi 1998
- Semlinger, K. (1993): Effizienz und Autonomie in Zuliefernetzwerken - Zum strategischen Gehalt von Kooperation. In: Staehle, W. H./ Sydow, J. (Hrsg.): Managementforschung 3. Berlin/ New York, S. 309-354
- Stecker, Christina (2002): Sozialkapital, S. 3 f. in: aktuell. Aktive Bürgerschaft e.V., H. 4, 2002
- Tyler, Tom, R. (1998): Trust and Democratic Governance, S. 169 ff. in: Braithwaite/Levi 1998
- Wegner, Gerhard (1996): Wirtschaftspolitik zwischen Fremd- und Selbststeuerung. Beiträge zu einer neuen Theorie der Wirtschaftspolitik, Tübingen: Mohr-Siebeck
- Wieland, Josef (1997): Unternehmensethik als Erfolgsfaktor in globalen Kooperationen, S. 527 – 541 in: Krystek, Ulrich/Zur, E. (Hrsg.): Internationalisierung. Eine Herausforderung an die Unternehmensführung, Berlin: Springer
- Wieland, Josef (1999): Die Ethik der Governance, Marburg: Metropolis
- Williamson, Olivier E. (1985): The Economic Institutions of Capitalism, New York: Free Press

- Williamson, O.E. (1993): Calculativeness, Trust, and Economic Organization. In : Journal of Law & Economics, vol. XXXVI (April 1993). S. 453-486
- Williamson, Olivier E. (1996b): The Politics and Economics of Redistribution and Efficiency, in: Williamson 1996a
- Williamson, Olivier E. (1996a): The Mechanism of Governance, Oxford: Oxford University Press
- Williamson, Olivier E. (1996c): Calculativeness, Trust and Economic Organization, S. 250 ff. in: Williamson 1996a
- Willke, Helmut (1997): Supervision des Staates, Ffm.: Suhrkamp
- Wurche, S. (1994) Wurche, S. (1994a): Strategische Kooperation - Theoretische Grundlagen und praktische Erfahrungen am Beispiel mittelständischer Pharmaunternehmen. Wiesbaden): Strategische Kooperation - Theoretische Grundlagen und praktische Erfahrungen am Beispiel mittelständischer Pharmaunternehmen. Wiesbaden
- Zand, D. (1972): Trust and Managerial Problem Solving, in: Administrative Science Quarterly, June, 17, 1972, S. 229-239
- Zürn, M. (1998): Regieren jenseits des Nationalstaats, Ffm.: Suhrkamp